Nummer 587

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Mittwoch, 16. Dezember 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk Berlin, Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin, Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen Berlin-Friedenau, Inseratenteil: H. Rongiewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

— — — — — — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — — — — — —

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Dezember 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die Fraktionsführer bei Koch.

Wie vorgesehen war, trat gestern mittag um 2 Uhr die von dem Abgeordneten Koch einberufene Konferenz der Parteiführer zur Erörterung seines Koalitionsprogramms zusammen. Es waren erschienen: für die Sozialdemokraten die Abgeordneten Müller-Franken, Dittmann, Hilferding und Wels, für das Zentrum Marx und von Guérard, für die Deutsche Volkspartei Scholz und Zapf, für die Demokraten Haas und Erkelenz, für die Bayerische Volkspartei Leicht. Nach Schluß dieser Besprechungen wurde von demokratischer Seite folgendes Communiqué ausgegeben:

„Die Führer der Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten verhandelten heute über das von dem Abg. Koch aufgestellte Programm. Es ergab sich grundsätzliches Einverständnis. Es wurde aber vorbehalten, daß die Fraktionen, die heute abend zusammentreten, noch Erwägungen oder Klarstellungen verlangen können. Die Führer treten morgen vormittag zu abschließender Beratung über das Programm erneut zusammen."

Im Anschluß an diese Konferenz, in der Personenfragen noch nicht erörtert wurden, trat zunächst das Zentrum zusammen. Die Fraktion nahm von dem Referat des Abgeordneten Marx Kenntnis und beauftragte den Fraktionsvorstand, auf der Grundlage der Koch'schen Richtlinien weiter zu verhandeln. Die Fraktionssitzungen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten, die bis in die späten Abendstunden dauerten, ließen keinerlei Beschlüsse über ihre Stellungnahme zu den Richtlinien verlauten. Sie verhalten sich beide abwartend und sehen der nächsten gemeinsamen Besprechung entgegen, die für heute vormittag um 10 Uhr angesetzt ist.

Der „Vorwärts" hat in seinem gestrigen Abendblatt zur Lage Stellung genommen und in scharfen Worten den demokratischen Standpunkt in bezug auf die Stellung der Sozialdemokraten zur Großen Koalition gegeißelt. Er stellt fest, daß das sozialdemokratische Programm, das am vorigen Freitag veröffentlicht wurde, kein Handelsobjekt, sondern Mindestforderung sei.

Ueber die von dem Abg. Koch ausgearbeiteten Richtlinien, deren Wortlaut noch nicht veröffentlicht wird, verlautet folgendes:

„Außenpolitisch zielen sie daraufhin, eine Lebendigmachung des Locarno-Geistes zu erreichen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Besatzung möglichst bald beseitigt wird und betont, daß ein Zusammenarbeiten der europäischen Länder notwendig und daß eine Wirtschaftskonferenz geeignet sei, in dieser Richtung förderlich zu wirken. Der innerpolitische Teil der Richtlinien hebt hervor, daß der Zolltarif kein Selbstzweck, sondern ein Instrument sei, durch das der deutsche Handel in der Welt ausgedehnt werden soll. Die Siedlungsfragen sollen mehr als bisher gefördert werden, namentlich um den Inlandsmarkt zu stärken. Die Richtlinien verweisen dann auf die Notwendigkeit, die Wirtschaft zu rationalisieren. Zu diesem Zweck wird ein enges Zusammenarbeiten zwischen Wirtschaft, Reichsregierung und den Regierungen der Länder gefordert. Zur Prüfung der Steuergesetze wird die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses verlangt. Auf sozialpolitischem Gebiet wird ebenfalls eine Reihe von Forderungen gestellt, für die die Besprechungen mit dem Arbeitsminister die Grundlage gegeben haben. Im Arbeitsministerium liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, der alle Arbeitszeitfragen zusammenfaßt; dazu auch die des Schutzes der Kinder-, Frauen- und Sonntagsarbeit. Hinsichtlich der Ratifikation des Washingtoner Abkommens wird gesagt, daß sie gleichzeitig mit Frankreich, Belgien und England erfolgen sollte, damit eine gewisse Gegenseitigkeit der hauptsächlichsten Industrieländer gewährleistet wird."

Von demokratischer Seite wird mitgeteilt, daß auch die Wirtschaftliche Vereinigung aufgefordert worden ist, sich von heute ab an den weiteren Verhandlungen zu beteiligen, nachdem sie geäußert hat, daß sie einem Kabinett der Großen Koalition grundsätzlich wohlwollend gegenüberstehen würde.

*

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" zitiert zur Kennzeichnung der jetzigen Bemühungen Kochs und seiner Partei um Stresemann und die Deutsche Volkspartei eine Rede, die der Führer der Demokraten am 2. November 1924 gehalten hat und deren interessanteste Stelle nach einem damaligen Bericht des „Berliner Tageblatts" folgenden Wortlaut hat:

In Grundsatzlosigkeit mit Herrn Stresemann zu wetteifern, ist nicht meine Absicht. (Stürmischer Beifall.) Es muß aber einmal gesagt werden, daß seine wankelmütige Grundsatzlosigkeit seit dem Jahre 1917, wo er Bethmann Hollweg stürzte, Deutschland von einer Katastrophe in die andere getrieben hat. Man könnte ein „Goldenes Buch der Worte Stresemanns" herausgeben. Es wäre die beste Agitation gegen die Volkspartei. (Stürm. Heiterkeit.)

Loucheur zurückgetreten.

Keine Gesamtdemission des Kabinetts.

Paris, 15. Dezember.

Finanzminister Loucheur ist zurückgetreten, nachdem der Finanzausschuß der Kammer seinen gestrigen Beschluß hinsichtlich der Behandlung der Loucheurschen Sanierungspläne nochmals bestätigt hat.

Paris, 15. Dezember.

In der Finanzkommission fand heute nachmittag nach der Rede des Finanzministers eine lebhafte Debatte statt. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die ausdrücklich feststellt, daß die Kommission das gestrige Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister aufrecht erhält. Die Rücküberweisung der Steuervorlagen an die Regierung bleibt bestehen.

Nach der Abstimmung begab sich eine Abordnung zum Ministerpräsidenten, um ihm den Beschluß mitzuteilen. Sie wies darauf hin, daß die Entscheidung lediglich gegen Loucheur gerichtet sei und daß Briand weiter das volle Vertrauen der Kommission besitze. Auch die Kammerkommission für auswärt. Angelegenheiten entsandte eine Abordnung zum Ministerpräsidenten, um ihm ihr volles Vertrauen auszusprechen. Darauf wurde Loucheur von Briand gebeten, eine Entscheidung zu treffen; Loucheur erbat sich eine einstündige Bedenkzeit, und um ½9 Uhr abends teilte er Briand mit, daß er sein Amt niederlege. Die Demission Loucheurs wurde vom Präsidenten der Republik angenommen.

Eine Gesamtdemission des Kabinetts ist vermieden worden, so daß es nur zu einer Umbildung des Kabinetts kommen wird. Ueber die Nachfolge ist noch nichts bekannt, doch errege es gewisses Aufsehen, daß Caillaux kurz nach der Abstimmung der Finanzkommission in der Kammer erschien, um sich darauf zum Ministerpräsidenten zu begeben.

Trendelenburg in Paris.

Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen

EP Paris, 15. Dezember.

Staatssekretär v. Trendelenburg ist heute vorm. 10,20 Uhr in Begleitung einiger Mitarbeiter wieder in Paris eingetroffen. Er wurde vom Kabinettschef des Handelsministeriums Ader und von einem deutschen Botschaftsrat am Bahnhof empfangen. Staatssekretär Dr. Trendelenburg besprach von 4 bis 6 Uhr nachmittags mit Handelsminister Daniel-Vincent, dem Leiter der französischen Delegation, die Lage, die sich auf Grund der schriftlich ausgetauschten Vorschläge, und zwar des deutschen Vorschlages vom 30. September und des französischen Vorschlages vom 26. Oktober für die Fortführung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ergibt. Die erste Unterredung hatte sich auf die Erörterung prinzipieller Fragen beschränkt. Auf französischen Wunsch wurde die nächste Unterredung auf den 17. Dezember angesetzt.

Die Verhandlungen über die Reparationslieferungen.

Essen, 15. Dezember.

Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat teilt mit: Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Reparationslieferungen waren in der vergangenen Woche soweit fortgeschritten, daß man ihren baldigen Abschluß erwarten konnte. In den wenigen noch offenen Fragen glaubte man sich nach dem Gang der bisherigen Verhandlungen ohne größere Schwierigkeiten einigen zu können. Infolgedessen waren denn auch in der Presse bereits Meldungen über den günstigen Abschluß erschienen. In letzter Stunde trat aber eine Wendung ein. Die Verhandlungen, welche die Vertreter des Kohlensyndikats mit den französischen Regierungsstellen führten, wurden ausdrücklich auf die praktische Regelung der in Frage kommenden technischen Fragen beschränkt, während Einvernehmen darüber bestand, daß alle Erörterungen über Vorbehalte grundsätzlicher Natur einen Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen vorbehalten bleiben sollte. Im Gegensatz hierzu wurde in den letzten Verhandlungen den Vertretern des Kohlensyndikats eine Fassung der vom Kohlensyndikat einzugehenden Verpflichtungen vorgelegt, welche eine Bestimmung grundsätzlicher Art von erheblicher Tragweite enthielt. Getreu dem Standpunkt, den sie während der ganzen Verhandlungen eingenommen hatten, lehnten die Vertreter des Kohlensyndikats es ab, ein Abkommen zu unterzeichnen, welches der Lösung einer grundsätzlichen Frage vorgriff und dadurch den Charakter des geplanten Abkommens in einer wesentlichen vom Kohlensyndikat nicht annehmbaren Weise veränderte. Wenn also in der französischen Presse Mitteilungen erschienen sind, welche den Eindruck erwecken müssen, daß das Kohlensyndikat nachträglich Bedingungen abgelehnt habe, die es vorher geneigt gewesen sei, anzuerkennen, so ist diese Behauptung unrichtig.

Die Amerikareise Sir Parker Gilberts.

Zu der Mitteilung des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" über die Reise des Generalagenten für die Reparationen, Parker Gilbert, nach Amerika wird von bestunterrichteter Seite mitgeteilt, daß bisher maßgebende Kreise ein Ersuchen um weitere Kredite oder eine zweite Dawesanleihe an den Reparationsagenten nicht gerichtet haben. Es bestehe aber auch keineswegs die Absicht, eine derartige Anleihe aufzunehmen, man vermutet vielmehr, daß die Reise des Reparationsagenten mit der Unterbringung der deutschen Eisenbahnobligationen auf dem amerikanischen Markt zusammenhängt. Die Unterbringung ist ausschließlich Sache der Alliierten, während die deutschen Verpflichtungen mit Aushändigung der Obligationen erfüllt sind.

Einladung des Völkerbundsrates an Deutschland.

WTB Berlin, 15. Dezember.

Wie wir hören, ist die Einladung des Vorsitzenden des Völkerbundsrates an die deutsche Regierung zur Teilnahme an der am 15. Februar n. J. beginnenden Sitzung der Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz in Berlin eingegangen.

Wie verlautet, sind entsprechende Einladungen auch an Rußland und die Vereinigten Staaten ergangen.

Landtagsmehrheit gegen Schillings.

Die Kulturfront Pieck—Becker.

Im Preußischen Landtage ist heute die parlamentarische Schillings-Komödie zu Ende gegangen. Sie ist so verlaufen, wie die Regierung Braun-Severing-Becker es befohlen hatte. Die Parteien der Weimarer Koalition haben gegen ihre bessere Ueberzeugung gekuscht und brav Herrn von Schillings verdammt, wie es der Koalitionsgeist gebot. Sie konnten die sichere Mehrheit dadurch erlangen, daß die Kommunisten entsprechend der Moskauer Parole auch diesmal mit der Weimarer Koalition stimmten und als Begründung für dieses Votum frisch und fröhlich die Behauptung aufstellten, Herr von Schillings sei ein politischer Reaktionär. Aber diese Unverfrorenheit ist immer noch sympathischer als die gequälten Versuche der Linken, sich vor ihren Wählern und Lesern, die auch heute noch in ihrer Mehrzahl die fristlose Entlassung des Generalintendanten nicht billigen, zu entschuldigen. Für die Methode dieses nun abgeschlossenen parlamentarischen Kampfes gegen Schillings ist es charakteristisch, daß führende Linksblätter die Behauptung des Kultusministers, schon sein Vorgänger Boelitz habe die Absicht gehabt, sich von Schillings zu trennen, groß und breit bringen und erörtern, aber mit keinem Worte Notiz von der Tatsache nehmen, daß in der gleichen Debatte der Abgeordnete Boelitz erklärte, er habe, im Gegensatz zu der Behauptung des jetzigen Kultusministers, als Kultusminister nie die Absicht gehabt, sich von Schillings zu trennen.

Zur Ehre des rechten Zentrumsflügels sei übrigens hervorgehoben, daß mehrere Zentrumsabgeordnete für die Zurückziehung der Entlassung Schillings gestimmt haben.

Die parlamentarische Parteipolitik hat mit der Erledigung des Falles Schillings wieder einmal eine schöne Sumpfblüte gezeitigt.

Fortsetzung des Berichtes über die gestrige Sitzung.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung geht das Haus zur Beratung des Haushalts für Volkswohlfahrt über.

Frau **Kunert** (Soz.) berichtet über die Ausschußberatungen zu dem Antrage über Wochenhilfe und Mutterschaftshilfe, während Frau Abg. Ege (Soz.) den Bericht über den Antrag erstattet, der sich mit der Erwerbsarbeit der schwangeren Frauen und Mädchen beschäftigt.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer weist in Beantwortung einer Großen Anfrage darauf hin, daß für Siedlungszwecke in den vergangenen Jahren vom Staate den Fürsorgegesellschaften genügende Mengen staatliches Festholz zu mäßigen Preisen nachgewiesen seien. Ferner äußert sich der Minister noch zu dem Beleidigungsprozeß der Mitteldeutschen Heimstättengesellschaft gegen die Zeitschrift „Holzmarkt". Es sei außerordentlich zu beklagen, daß durch das Urteil in diesem Prozeß in der Oeffentlichkeit der Eindruck einer üblen Wirtschaft nicht nur bei der Heimstätte, sondern bei den Wohnungsgesellschaften überhaupt erweckt werden könnte. Ein solcher Eindruck wäre grundfalsch. Die Vorwürfe gegen die Mitteldeutsche Heimstätte seien vom Beleidiger schon nach kurzer Verhandlung nicht mehr aufrechterhalten.

Die Große Anfrage der Wirtschaftlichen Vereinigung über die Hergabe großer Waldteile und bedeutender Geldmittel an die Kriegerheimstätten-A.-G. zur Ausführung von Industrieanlagen bei Velten beantwortet der Minister dahin, daß dafür

insgesamt rund 4½ Millionen Staatsmittel bisher zur Verfügung gestellt

Stoewer-Werke Actiengesellschaft
vormals Gebrüder Stoewer

STOEWER

Berlin NW. 7, Unter den Linden 75/76
Fernsprecher: Zentrum 11146 (Schulte-Haus) Fernsprecher: Zentrum 11146

Vertreten in Berlin für Personen- und Lastkraftwagen durch eigene Filiale, Ausstellungs- und Verkaufsräume.

Reparatur-Werkstätten
Berlin NW. 7,
Reichstags-Ufer 11.
Fernsprecher: Zentrum 2841 :: Fernsprecher: Zentrum 2841.